



Kerstin Andreae

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wirtschaftspolitische Sprecherin
Obfrau im Wirtschaftsausschuss



Dr. Thea Dückert

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin



Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn

Mitglied des Deutschen Bundestages
Außenwirtschaftspolitischer Sprecher

Berlin, 28.04.2009

Grüne Industriepolitik: Wirtschaft genießt und schweigt Ohne ökologische Rahmensetzung kein Umbruch

Auf sehr **positive Resonanz** ist der Fraktionsbeschluss „Grüne Industriepolitik: Zukunftsfähig durch nachhaltige Modernisierung der Industrie“ bei den Wirtschaftsverbänden gestoßen. Die Grünen WirtschaftspolitikerInnen hatten den Verband der chemischen Industrie (VCI), den Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA), Gesamtmetall, die Gewerkschaften IG Metall und IG BCE sowie das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung zum Grünen Lunch geladen. So wurde der Fraktionsbeschluss in entspannter und offener Atmosphäre diskutiert.

Durchweg begrüßt wurde von allen Verbandsvertretern die **allgemeine Stoßrichtung** des Papiers. **Erneuerungs- und Modernisierungsbedarf** gibt es in **allen Industrien**. Eine Unterteilung in „gute“ und „böse“ Industrien ist nicht sinnvoll; **Material- und Energieeffizienz** sind für jeden Produktionsbereich Bedingung für ein erfolgreiches Wirtschaften in der Zukunft. Auf ebenso große Zustimmung trafen die grünen Pläne für eine **steuerliche Forschungsförderung**, die in allen anderen Industrieländern gang und gäbe ist. Kritische Anmerkungen in Richtung möglicher Mitnahmeeffekte kamen dagegen vom DIW.

Die **IG Metall** wünschte sich eine noch weitere Ausdifferenzierung der Industriepolitik, nicht nur in internationaler Dimension, sondern auch branchenübergreifend hin zu den **Wertschöpfungsketten**. Auf der anderen Seite gehört auch **regionale Strukturpolitik** (Cluster und Leuchttürme) für die IG Metall zur Industriepolitik. Außerdem wünscht sie sich einen **stärkeren Focus auf die Beschäftigung**: Neben der Schaffung von Beschäftigung müssen auch die Fragen nach der **Lebensqualität** und der **sozialen Nachhaltigkeit der Arbeit** mitdiskutiert werden.

Die weitere Diskussion brachte ein überraschendes Ergebnis. Das grüne Anliegen, **ökologische Folgekosten** durch Steuern und Abgaben **in die Preisbildung zu integrieren**, wurde von den Unternehmerverbänden sehr stark unterstützt. Besonders im Metallbereich wird eine solche Rahmensetzung als Möglichkeit diskutiert, mit marktwirtschaftlichen Mitteln ökonomisch wie ökologisch sinnvolle Produktentwicklungen zu forcieren. Beim Umgang mit **Subventionen** wurde die grüne Position positiv aufgenommen, sowohl eine degressive Gestaltung, als auch eine umfassende Evaluierung und die Anwendung von Nachhaltigkeitskriterien zur Bedingung der Subventionsvergabe zu machen. Von grüner Seite kam mehrfach die kritische Nachfrage, ob die Industrie hier wirklich zum Schwur bereit ist. Die Bekräftigung mehrerer Verbände in diese Richtung wird sich in der Praxis beweisen müssen.



Kerstin Andreae

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wirtschaftspolitische Sprecherin
Obfrau im Wirtschaftsausschuss



Dr. Thea Dückert

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin



Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn

Mitglied des Deutschen Bundestages
Außenwirtschaftspolitischer Sprecher

Wenig Verständnis brachten die Wirtschaftsvertreter allerdings für Formen der Subventionierung auf, die die **Markteinführung langfristig ökologischerer Produkte** zum Ziele hat, auch wenn sie zunächst in kurzer Frist noch nicht die günstigsten Ergebnisse bringen. So kritisierte der Vertreter des VDMA, dass durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) Windenergie sehr stark gefördert wird, obwohl eine Umrüstung konventioneller Kraftwerke kurzfristig stärkere CO₂-Einspareffekte hätte. Die Grüne Erläuterung, dass Windkraft nach einem längeren Prozess dann gemeinsam mit der Erschließung anderer regenerativer Energiequellen an der Stromerzeugung auf Basis fossiler Rohstoffe klar vorbeizieht, wurde nur halbherzig nachvollzogen. Zwar berichten sowohl der Maschinenbau, als auch die Metallindustrie, in welchem Maße durch das EEG für die Unternehmen der Branche neue Produktionsbereiche erschlossen werden konnten. Trotzdem bleibt das **Lobbyinteresse für die konventionelle Stromerzeugung stark**.

Die Frage, welche **Rahmensetzungen** sich die Industriebereiche für ein Umsteuern zu mehr Nachhaltigkeit auf der Ebene von Grenzwerten und Anreizprogrammen wünschen und welche Unterstützung sie wollen, blieb allerdings offen und wurde nur vage beantwortet. Bei allem Lob für die Situationsbeschreibung unserer Fraktion überwog dann doch das alte Dogma, dass die Wirtschaft selbst am Besten weiß, was sie tut. Die Erfahrung zeigt aber: ohne umfassende Rahmensetzungen für mehr Nachhaltigkeit kommen wir nicht weiter. Freiwillige Selbstverpflichtungen der Industrie führen meist zu Erstarrung nach dem Motto „wer sich zuerst bewegt, hat verloren“. Eindeutige Regelungen und Grenzwerte führen dagegen zu mehr Mut für Investitionen – weil so auch kurzfristige Nachteile ausgeglichen werden, die längerfristig denkende Betriebe bei nachhaltigen Investitionen haben, die kurzfristig erst einmal teuer sind.

Darum lässt sich als Fazit festhalten: mit unserem Beschluss zur grünen Industriepolitik sind wir auf dem richtigen Weg. Der **Erneuerungsbedarf ist allgemein anerkannt**, eine Verbesserung bei den Forschungsmöglichkeiten und der Zielgenauigkeit von Subventionen werden von der Wirtschaft mit getragen. Es darf aber nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben. Wenn die Wirtschaft unsere Situationsanalyse genießt, zu den meisten Regelungsbedarfen aber schweigt, zeigt das einmal mehr: **ohne ökologische Rahmensetzungen wird es keinen Umbruch in der Produktionsweise geben**.